

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Andreas Jurca

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Andreas Winhart

Abg. Alexander Hold

Abg. Oskar Lipp

Abg. Arif Taşdelen

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)

Prüfung der Wirtschaftlichkeit einer bayerischen Abschiebeflotte (Drs. 19/7523)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich erteile dem ersten Redner das Wort: Das ist der Abgeordnete Andreas Jurca für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Ich bedanke mich beim Präsidium. Wir reden heute nicht über den Kauf von Flugzeugen; wir reden heute darüber, ob der Freistaat Bayern auch sauber rechnet, bevor er weiter Hunderttausende Euro pro Rückführung zahlt, meine Damen und Herren; denn es geht um die Wirtschaftlichkeit einer Abschiebeflotte, nicht um die Initiierung einer solchen. Das heißt, wir wollen erst einmal schauen und rechnen; denn wie Sie bereits in unserem Antragstext gesehen haben, kommt es zu einer Einzelfallexplosion.

Ich nenne als Beispiel nur die drei Somalis mit Abschiebekosten von fast 300.000 Euro. Wir müssen auf diesen Fall gar nicht eingehen. Solche Fälle sind zahlreich; Sie können sie in den Medien nachvollziehen; dafür ist nicht einmal eine Schriftliche Anfrage notwendig. Es ist ganz klar, dass das in gar keinem Verhältnis steht.

Da ist es ganz logisch, dass wir feststellen, dass es sich nicht um ein Ausreißerproblem, sondern um ein Strukturproblem handelt. Gründe sind nämlich kurzfristige Buchungen, knappe Charterkapazitäten, Sicherheitsauflagen, völlige Abhängigkeit vom Markt. Jeder private Unternehmer würde sich an dieser Stelle fragen oder prüfen:

Wären eigene bzw. gemeinsame Kapazitäten denn nicht wirtschaftlicher als Charterflüge?

Genau deswegen sagen wir: erst einmal prüfen – nicht kaufen. Wer sagt, das sei zu teuer, muss erst einmal bereit sein, die Rechnung offen auf den Tisch zu legen. Deshalb sagen wir: Break-even statt Bauchgefühl. Der Antrag fordert eine Break-even-Analyse, also im Prinzip die Berechnung, ab welchem Punkt es kostenneutral ist, eine Abschiebeflotte selbst zu unterhalten.

Was sind die Auslastungsszenarien? – Es geht um einen grundlegenden Vergleich zwischen Charterflügen und einer eigenen bzw. kooperativen Lösung. Das ist im Prinzip nichts anderes als eine klassische Rechnungshoflogik, und ihr wollen wir als AfD-Fraktion natürlich folgen. Niemand behauptet, dass eine Abschiebeflotte automatisch billiger ist. Ich sehe aber bisher noch keine wirklich seriöse Kostenrechnung, mit der wir das ausschließen könnten. Eine Ablehnung ohne Prüfung heißt, weiterzuzahlen ohne Kontrolle. Das ist gegenüber dem bayerischen Steuerzahler unverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Rückführungen scheitern oft nicht am Recht, sondern an fehlenden Slots, kurzfristigen Absagen oder nicht synchronisierten Terminketten. Eigene oder mitgesteuerte Kapazitäten – hätten wir denn welche – würden planbare Zeitfenster, geringere Abhängigkeiten von Anbietern und weniger Abbrüche bedeuten, was wiederum zu weniger Zusatzkosten führen würde. Das ist Verwaltungsmodernisierung, nicht Ideologie.

Ich möchte auch die CSU daran erinnern, dass die Abschiebung natürlich auch im Bundestagswahlkampf ein Thema war. Ende 2024 hatten wir 26.000 ausreisepflichtige Personen in Bayern. Wenn Bund und Länder ernsthaft Rückführungen erhöhen wollen, braucht man Logistik, nicht nur Gesetze bzw. Wahlkampfankündigungen, denen keine Aktion bzw. keine Umsetzung folgt. Mehr Rückführung ohne Logistik ist politische Selbsttäuschung.

Abschließend, um es zu später Stunde auch nicht zu lange zu machen:

(Arif Taşdelen (SPD): Das einzig Wahre!)

– Da freuen Sie sich, kein Problem.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie klauen mir meine Lebenszeit!)

– Ich stehle Ihnen Ihre Lebenszeit? Um Gottes willen, das ist nicht mein Ansinnen.

Wer heute gegen diesen Antrag stimmt, stimmt nicht gegen eine Abschiebeflotte; er stimmt gegen eine ehrliche Prüfung staatlicher Ausgaben. Unsere staatlichen Ausgaben sind am Ende die Gelder der Steuerzahler, die wir sparen wollen. Dementsprechend bitte ich um Zustimmung. Es ist ein Prüfauftrag. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich hat sich aus dem Rechtsausschuss kein Vertreter der AfD mehr gefunden, der diesen peinlichen Antrag vertreten wollte.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Herr Jurca, Sie drucksen jetzt herum, dass man prüfen sollte und Sonstiges. Ich würde Ihre eigene Facebook-Seite anschauen; da steht nämlich: Eigene Abschiebeflotte jetzt. – Da steht von Prüfen usw. nichts mehr drin. Sie machen populistische Ansagen im Netz, die völlig unsinnig sind. Hier drucksen Sie bei einem Antrag herum: prüfen, prüfen, prüfen.

Ich möchte bloß ganz kurz darauf eingehen, wie momentan die Sachlage ist. Wir haben die Abschiebungen um 21 % erhöht, was mir wesentlich lieber ist, weil es frei-

willing passiert. Der normale Ablauf, wenn jemand einen Asylantrag stellt, der abgelehnt wird, ist übrigens: Er muss eigentlich freiwillig ausreisen. Die Abschiebung ist das letzte Mittel des Rechtsstaates. Da ist Bayern sehr gut unterwegs.

Wenn wir Probleme haben, Rückführungen durchzuführen, liegt es im Regelfall an den Herkunftsländern. Hier wird momentan auf Bundesebene verhandelt. Die Zahl der Herkunftsländer, die ihre eigenen Staatsangehörigen wieder aufnehmen, wird größer. Dadurch werden auch wieder mehr Rückführungen möglich sein. Wie gesagt, ich bevorzuge immer die freiwillige Ausreise.

Ich hätte lieber eine Stellungnahme von Ihnen zu einem Thema: Die brandenburgische Landtagsabgeordnete Lena Kotré hat neulich auf Facebook geschrieben, dass wir in Deutschland mit 60 Millionen Einwohnern auskommen würden. Sie drucksen immer um die Millionen von Remigration herum. Das wären 23 Millionen Menschen, die die AfD nicht mehr haben will. Ich würde gerne eine Stellungnahme haben. Das sind übrigens 23 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Da müsste mancher aus der AfD jetzt selbst Angst bekommen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Jurca, AfD-Fraktion, vor. Bitte schön.

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Kollege Straub, es wäre unfreundlich von mir, wenn Sie eine Stellungnahme fordern und ich Ihnen diese nicht sofort gebe. Meine Stellungnahme als Mitglied, Abgeordneter und Funktionär der AfD ist ganz klar: Wir haben niemals etwas gegen legal eingewanderte Ausländer gehabt und werden auch nie etwas gegen sie haben. Das ist der Stand der Dinge. Dass wir natürlich eine gewisse Polemik im Wahlkampf an den Tag legen wie andere Parteien auch, ist geschenkt; das ist ja nicht das Thema.

(Zurufe)

Was diesen Antrag betrifft, will ich auch gar nicht auf die Schiene der Abschiebung gehen, sondern wirklich nur auf eine Kostenrechnung. Ich sehe nicht das Problem, einfach mal zu prüfen, ob das vielleicht sinnvoller oder auch sicherer für die Betroffenen und Abgeschobenen ist. Das sind Schutzbedürftige; deswegen sollten wir auch die besten Flugzeuge für diese Personen besorgen.

(Zuruf von der CSU: Ah!)

Dementsprechend habe ich meine Stellungnahme abgegeben, was unser Ziel ist.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Ich weigere mich, darauf überhaupt zu antworten, wenn jemand die Remigration von 23 Millionen Bundesbürgern als Wahlkampfpolemik bezeichnet. Ihre Stellungnahme, dass Sie das so nicht wollen, ist okay, aber nicht, dass Sie das als Wahlkampfpolemik bezeichnen.

Die Prüfung ist einfach völliger Irrsinn. Ich brauche nicht zu prüfen, dass zwei plus drei fünf ist; denn das ist erwiesen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Genauso erwiesen ist es, dass die Kapazitäten und die Kosten von Flugverbringungen überhaupt nicht das Problem sind und eine eigene bayerische Abschiebeflotte – die haben Sie in Ihrem Facebook-Post schön mit bayerischem Wappen ausgestattet – völliger Unsinn ist. Da brauchen wir nicht zu rechnen, weil es einfach ein Schmarrn ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal so ein bekannter AfD-Antrag: null Sachkenntnis. Rechtsstaatlichkeit, demokratische Prinzipien sind Ihnen sowieso egal – das kennen wir von allen Anträgen –, Sie verachten sie sogar.

(Zuruf von der AfD)

Dann lesen Sie von einem Einzelfall, einem Somalier, in der Presse: Oh, der hat 300.000 Euro gekostet. Wie lösen wir das Problem? Gleich eine Abschiebeflotte einkaufen. – An wie viele Flieger haben Sie gedacht?

Ihr Antrag im Landtag zeigt auch, welchen Respekt Sie eigentlich vor diesem Verfassungsorgan haben. Vor Ihrer eigenen Rolle als Abgeordneter haben Sie ja keinen Respekt, wie wir das hier erleben. Haben Sie ein bisschen Respekt vor dem Parlament, das Sie mit Anträgen beschäftigen, die einfach witzlos sind.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Ich bin fachlich für das Thema zuständig. Ich bin auch Vorsitzende des Petitionsausschusses, die mit vielen Fällen zu tun hat. Ich habe es bis auf Einzelfälle selten erlebt, dass Menschen, die vor der Abschiebung standen, nicht abgeschoben werden konnten, weil sie keinen Sitzplatz im Flieger bekommen haben. Wir leben in München, wir haben einen riesengroßen Flughafen, wir haben Memmingen.

(Zuruf von der AfD)

Daher sollte das nicht das größte Problem sein. Ich glaube, Ihre Abschiebeflotte kommt daher, dass Sie immer noch träumen, dass Sie irgendwann einmal die Mehrheit bekommen. Sie wollen die Zahl der bundesrepublikanischen Einwohner:innen auf 60 Millionen reduzieren. Dafür wollen Sie, glaube ich, die Abschiebeflotte vorbereiten. Sie haben von Wahlkampfpropaganda gesprochen. Wieso ist das Wahlkampfpropa-

ganda? Das haben Sie hier selbst und sogar Ihre Kollegin bestätigt, dass auch ich oder meinesgleichen von dieser Abschiebung betroffen wären.

(Zuruf von der AfD)

Also stehen Sie doch auch zu dem, was Sie draußen propagieren. Stehlen Sie uns bitte nicht hier unsere Lebenszeit. Sie verachten den Rechtsstaat, Sie verachten die Demokratie. Wir nehmen aber unsere Aufgabe als Verfassungsorgan sehr ernst. Tun Sie das bitte auch. Ich glaube, das kann man sich bei Ihnen aber mittlerweile schenken.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Ich weiß nicht, ob ich mich gerade verhört habe. Sie haben doch gerade gesagt, dass Sie Angst haben, von der AfD abgeschoben zu werden. Ist das richtig?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein, das hat sie doch gerade anders gesagt!)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Zuhören bildet. Ich habe gesagt, wir haben das Zitat Ihrer AfD-Kollegin, die aktuell davon gesprochen hat, die Einwohnerzahl auf 60 Millionen zu reduzieren. Das haben mein Kollege Straub und ich wiederholt. Ich habe gesagt, Sie verneinen das, obwohl das hier einmal Thema war und aus Ihren Reihen sogar meine Abschiebung bestätigt worden ist.

(Zuruf von der AfD: Sie dürfen bleiben!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächsten Redner rufe ich Kollegen Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER auf. Bitte schön.

(Unruhe)

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Wenn Sie dann so weit wären? – Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag war vor vier Monaten blanker Unsinn, als er im Verfassungsausschuss mit den Stimmen aller demokratischen Parteien und Fraktionen abgelehnt wurde. Es ist heute nach wie vor genau der gleiche blanke Unsinn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man muss kein Airlinemanager sein, um zu wissen, dass ein Flugzeug nur wirtschaftlich betrieben werden kann, wenn es quasi rund um die Uhr in der Luft ist. Auch ohne große Erfahrungen auf dem Gebiet leuchtet auch einfachen Gemütern ein, dass man selbst bei den von der AfD gewünschten Abschiebezahlen letztlich niemals eine lückenlose Auslastung und erst recht nicht dieselbe Flexibilität und Effizienz erreichen würde wie über die Teilnahme an Charter- oder Linienflügen. Das ist blanker Unsinn.

Im Grunde ist es abstrus. Einfach um die Botschaft hier loszuwerden, dass die Kosten für die Rückführung viel zu hoch seien, nimmt die AfD in Kauf, einen Antrag zu stellen, der die Kosten noch viel mehr in die Höhe treiben würde. Das ist wirklich abstrus und an Dummheit eigentlich kaum zu überbieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Rückführungen scheitern beileibe nicht an fehlendem Fluggerät. Rückführungen scheitern an der Nichterreichbarkeit der Abzuschiebenden, an fehlenden Dokumenten, an mangelnder Kooperation der Herkunftsländer. Wenn man sich das Ganze einmal vorstellt, mit einem weiß-blauen Rautenmuster am Flugzeugheck würden Sie spätestens daran scheitern, dass kein Staat dieser Erde ausländischen Polizeiflugzeugen, nicht einmal bayerischen, eine Landeerlaubnis erteilen würde.

Das ist, ganz ehrlich, wieder einmal ein Antrag, der eine diesem Haus unangemessene Portion an Ignoranz erfordert, um anzunehmen, dass er irgendein Problem lösen würde. Blanker Unsinn. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Kollege. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Lipp von der AfD-Fraktion vor.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hold, der Presse habe ich entnommen, dass es jetzt am Münchner Flughafen ein Abschiebeterminal geben soll. Das plant die Bayerische Staatsregierung. Ich wollte fragen, wie hier der Zwischenstand ist. Erachten Sie das als wirtschaftlich sinnvoll?

(Heiterkeit bei der AfD – Zuruf von den GRÜNEN)

Können Sie uns dazu Näheres nennen?

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Wissen Sie, wer ein Terminal baut, braucht deswegen noch keine eigenen Flugzeuge. Der Münchner Flughafen hat auch keine eigene Airline.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Arif Taşdelen von der SPD-Fraktion auf. Bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Stellen Sie sich vor, eine der demokratischen Fraktionen im Bayerischen Landtag – also CSU, FREIE WÄHLER, SPD oder GRÜNE – würde diesen Antrag stellen.

(Zuruf von der AfD)

Alle AfD-Abgeordneten würden dann vor der TikTok-Kamera stehen und sagen: Ja, die Fraktion, die Partei möchte Privatjets und Privatflugzeuge für Abschiebungen für Geflüchtete anschaffen, das ist ein Riesenskandal.

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): So ist es!)

Jetzt fällt Ihnen nichts Dümmeres ein, als diesen Antrag zu stellen. Kollege Hold hat es deutlich gemacht. Anscheinend gehen Ihnen die Ideen aus.

(Zuruf von der AfD)

Ich sage Ihnen eines: Das Thema ist schon längst ausgelutscht. Wir lehnen diesen Antrag aus voller Überzeugung ab, weil er einfach nur dumm ist.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Bitte die Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, komme ich kurz zu der Äußerung des Kollegen von der AfD gegen die Kollegin Demirel. Ich möchte ganz deutlich sagen, dass ich das auf das Schärfste zurückweise. Auch wenn es flapsig gemeint war, ist es diesem Hohen Haus nicht angemessen zu sagen: Eine Kollegin darf bleiben. – Ich weiß ganz genau, wie Sie es gemeint haben. Ich bitte Sie, das in Zukunft zu unterlassen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wie bereits zu Beginn der Sitzung bekannt gegeben, entfällt Tagesordnungspunkt 15.